

Stadt gemeinwohlorientiert entwickeln

1. Das *Netzwerk Stadt für Alle* tritt dafür ein, dass das große städtische Gelände zwischen dem Rathaus und dem Appolonia-Pfaus-Park (aktueller Standort von BVZ, Turnhalle, Musikschule, Gesundheitsamt) nicht privatisiert wird, sondern als Gemeingut in städtischem Eigentum erhalten bleibt.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass es zu keiner Privatisierung der städtischen Grundstücke am Appolonia-Pfaus-Park kommt?

JA NEIN KEINE MEINUNG

Begründung:

Die abschließende Entscheidung können wir erst treffen, wenn die Planungen für diese Fläche vorliegen. Grundsätzlich sind wir der Auffassung, dass bei Grundstücken im Stadtkern geprüft werden soll, ob statt einer Veräußerung eine Verpachtung in Erbpacht erfolgen kann. Dies hat den Zweck Grundstücke die für eine zukünftige Stadtentwicklung Bedeutung haben könnten, für künftige Generation zu sichern.

2. Das *Netzwerk Stadt für Alle* tritt dafür ein, dass die Musikschule und das Gesundheitsamt als Gebäude erhalten bleiben. Ein Abriss wäre ökologisch und wirtschaftlich unsinnig. Die Gebäude können für eine gemischte Nutzung umgebaut werden: So könnte z.B. das Gebäude-Ensemble aus Musikschule und Gesundheitsamt zu einem Campus für soziales Wohnen, Kleingewerbe, Kultur und öffentliche Einrichtungen umgebaut werden – mit einem Gemeinschaftsgarten mitten im Zentrum der Stadt.

Werden Sie sich für den Erhalt und für die Umnutzung der Gebäude Musikschule und Gesundheitsamt einsetzen?

JA NEIN KEINE MEINUNG

Begründung:

Wir können uns einen Erhalt und eine Umnutzung der Gebäude Musikschule und Gesundheitsamt vorstellen, auch dies ist jedoch abhängig von einem Gesamtnutzungskonzept.

3. Das *Netzwerk Stadt für Alle* fordert, dass das Gelände am Appolonia-Pfaus-Park auch zukünftig gemeinwohlorientiert und nicht renditeorientiert genutzt wird. Für möglichst günstige Mieten sollte dort Wohnungsbau ohne Profitinteresse entstehen. Die Stadt kann entweder selbst gemeinnützig (um)bauen, oder Grundstücke nach dem Erbbaurecht an gemeinwohlorientierte Träger vergeben, z.B. an Genossenschaften oder Wohnungsbauvereine.

Werden Sie sich für eine solche gemeinwohlorientierte Bewirtschaftung des Geländes am Appolonia-Pfaus-Park einsetzen?

JA NEIN KEINE MEINUNG

Begründung:

[Diese Entscheidung können wir erst treffen, wenn die Planungen für diese Fläche vorliegen. Siehe auch Antwort zu Frage 1.](#)

4. Die Stadt Bochum und ihre Tochterunternehmen sind mit fast 80 Prozent die größten Anteilseigner der Wohnungsbaugesellschaft VBW. Das *Netzwerk Stadt für Alle* fordert, die bestehende Gestaltungsmehrheit in allen VBW-Gremien dazu zu nutzen, das mehrheitlich kommunale Unternehmen auf gemeinwohlorientierte Ziele zu verpflichten: Aufgabe der VBW soll nicht sein, möglichst hohe Rendite zu erwirtschaften, sondern möglichst günstige Mietwohnungen zur Verfügung zu stellen und eine weitreichende Mieter*innenmitbestimmung zu ermöglichen.

Wollen Sie die kommende Wahlperiode dazu nutzen, die VBW zu einem gemeinwohlorientierten Unternehmen umzubauen?

JA NEIN KEINE MEINUNG

Begründung:

[Die VBW ist einer von vielen Akteuren auf dem Wohnungsmarkt. Ausschüttungen an den Gesellschafter fließen indirekt in den städtischen Haushalt und werden dort somit gemeinwohlorientiert verwendet.](#)

5. Das *Netzwerk Stadt für Alle* kritisiert insbesondere, dass die aktuelle Ratsmehrheit die VBW dazu verpflichtet hat, Rendite von zuletzt 3 Millionen Euro pro Jahr an die Anteilseigner auszuschütten. Alleine durch den Verzicht auf diese Rendite könnte die Miete jeder frei finanzierten VBW-Wohnung durchschnittlich um rund 400 Euro pro Jahr niedriger ausfallen. So könnte der Rat einen deutlichen Beitrag zur Stabilisierung oder gar Senkung des Mietpreisniveaus in Bochum leisten.

Wollen Sie in der kommenden Wahlperiode dafür sorgen, dass der Rat der Stadt Bochum nicht noch einmal von der VBW die Abführung von Millionenrenditen an den städtischen Haushalt verlangt?

JA NEIN KEINE MEINUNG

Begründung:

[Siehe Antwort zu Frage 4.](#)

6. Das Netzwerk Stadt für Alle setzt sich für einen Privatisierungs-Stopp in Bezug auf kommunalen Grund und Boden ein. Statt weitere städtische Grundstücke zu verkaufen, sollen sie nach dem Erbbaurecht mit vertraglich vereinbarten langfristigen Mietpreisbindungen vergeben werden.

Wollen sie in der kommenden Wahlperiode einen solchen Grundsatzbeschluss im Rat erwirken?

JA NEIN KEINE MEINUNG

Begründung:

Erbbaurecht kann insbesondere nicht zu einkommensstarken jungen Familien helfen Wohnungseigentum zu erwerben. Die Entscheidung ob ein Erbbaurecht oder ein Verkauf von Grundstücke in Frage kommt, muss projektbezogen erfolgen. Im Übrigen verweisen wir auch auf die Antwort zu Frage 1.

Demokratie und Mitbestimmung

7. Das *Netzwerk Stadt für Alle* hat die mangelhaften Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bochumer Bevölkerung bei der Aufstellung des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts (ISEK) Innenstadt kritisiert. Hintergrund ist, dass sogar das Bundesinnenministerium in seiner ISEK-Arbeitshilfe für Kommunen klargestellt hat: „Der Grad der Mitbestimmung kann von der gemeinsamen Entwicklung von Vorschlägen bis hin zu weitreichenden Entscheidungsrechten der Betroffenen reichen.“ Die Stadt Bochum ermöglichte nur das Minimum: Die Beteiligungsformate beschränkten sich im Wesentlichen darauf, Vorschläge einzureichen.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Stadt Bochum zukünftig Modelle der tatsächlichen Mitbestimmung an Planungs- und Entscheidungsprozessen institutionell verankert, wie sie bereits in anderen Kommunen erfolgreich erprobt worden sind?

JA NEIN KEINE MEINUNG

Begründung:

Nach der geltenden Kommunalverfassung entscheiden die gewählten Vertreter im Rat und in den Bezirksvertretungen mit demokratischer Legitimation. Die Stadt Bochum muss über die anstehenden Entscheidungen frühzeitig informieren, in einen fairen Dialog mit der interessierten Bürgerschaft eintreten und die vorgetragenen Argumente in die Entscheidungsfindung einfließen lassen.

8. Das *Netzwerk Stadt für Alle* fordert für die Umgestaltung der Innenstadt einen offenen partizipativen Aushandlungsprozess, der über die üblichen Formate wie Bürgeranhörungen weit hinausgeht. Konkret fordert das Netzwerk, dass dem geplanten Qualifizierungsverfahren und der Rahmenplanung „Am Appolonia-Pfaus-Park und Umfeld Rathaus“ ein Mitbestimmungsprozess vorangestellt wird, in dem die von der Planung betroffenen Anwohner*innen und interessierte Nutzer*innen der Innenstadt gemeinsam ein Anforderungs- und Bedürfnisprofil für die zukünftige Nutzung des Geländes entwickeln. Dieser Prozess sollte schnellstmöglich beginnen, um eine breite öffentliche

Debatte der Stadtgesellschaft über die Planungsziele zu ermöglichen. So kann ein Beteiligungsprozess organisiert werden, der modellhaft für die demokratische Einbeziehung der Stadtgesellschaft in Planungsprozesse sein kann.

Werden Sie sich dafür einsetzen, dass ein solcher öffentlicher Mitbestimmungsprozess zur Festlegung der Planungsziele für das Gelände zeitnah auf den Weg gebracht wird?

JA NEIN KEINE MEINUNG

Begründung:

[Siehe Antwort zu Frage 7.](#)

Ökologie, Klima und Verkehr

9. Das *Netzwerk Stadt für Alle* tritt dafür ein, dass der Appolonia-Pfaus-Park nicht verkleinert wird. Statt Teilflächen zu bebauen, wie es in der Planzeichnung des „städtebaulichen Gesamtkonzepts“ (Ratsbeschluss vom 16.11.2017) vorgesehen ist, sollte der Park belebt und für zusätzliche soziale und kulturelle Nutzungen geöffnet werden.

Wollen Sie dafür Sorge tragen, dass es zu keiner Verkleinerung des Parks kommt?

JA NEIN KEINE MEINUNG

Begründung:

[Im Grundsatz sind für den Erhalt des Appolonia-Pfaus-Parks.](#)

10. Das *Netzwerk Stadt für Alle* hat vorgeschlagen, den Bochumer Innenstadtring umzubauen: Autoverkehr soll zukünftig nur noch einspurig stattfinden, und der gewonnene Platz soll für sichere Radwege genutzt werden.

Unterstützen Sie den Vorschlag?

JA NEIN KEINE MEINUNG

Begründung:

[Wir sind für sichere Radwege. Dies darf allerdings nicht zur Reduzierung für andere Verkehrsträger führen. Der Innenstadtring nimmt eine wichtige Verteilfunktion der Verkehre in der Innenstadt war und muss einen flüssigen Verkehrsablauf gewährleisten.](#)

Sammelunterkünfte auflösen

11. Nach wie vor leben in Bochum viele Geflüchtete in Sammelunterkünften. Dabei ist die eigene Wohnung neben der sozialen, kulturellen und politischen Partizipation ein Grundbedürfnis für ein menschenwürdiges Leben. In Zeiten von Corona können notwendige Abstands- und Hygieneregeln in Sammelunterkünften kaum eingehalten werden. Das *Netzwerk Stadt für Alle* fordert die Stadt Bochum auf, allen Geflüchteten, ein Leben in Wohnungen statt in engen Containern und anderen Massenunterkünften zu ermöglichen.

Werden Sie sich für die regelhafte Unterbringung von Geflüchteten in Wohnungen statt in Sammelunterkünften einsetzen?

JA NEIN KEINE MEINUNG

Begründung:

Wir gehen davon aus, dass die Verwaltung in den Sammelunterkünften für die Einhaltung der Corona bedingten Abstandsregelungen sorgt. Im Grundsatz ist die Unterbringung von Geflüchteten in Wohnungen richtig, aber auch abhängig vom Aufenthaltsstatus.